

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Foto: Elke Windisch



Freitag, 15. September 2017

72. Jahrgang/Nr. 216

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der Kalender hilft nicht

Tom Strohschneider über die Verlängerung der Legislaturperiode

Eine Verlängerung der Legislaturperiode – das klingt in Zeiten, die hier »Wahlkampf« genannt werden, erst einmal gar nicht schlecht. Wer kann schon etwas dagegen haben, dass die Politgymnastik aus TV-Runden, Plakatwahnsinn und Dauerbeschallung mit Politwörtern nur noch alle fünf Jahre stattfindet?

Dennoch: Es ist keine gute Idee. Der Vorschlag folgt der Sichtweise von Parteiapparaten und des Durchregierens: mehr Zeit für Gesetze, weniger koalitionsleere Leerfahrt, weil man nicht schon nach zwei Jahren gedanklich im nächsten Wahlkampf ist. Sondern erst nach drei. Also auch: seltener Legitimation.

Dabei gibt es demokratiepolitische Fragen, auf die endlich Antworten gefunden werden müssten – beim Wahlrecht (Einschränkungen für hier lebende Bürger), für die parlamentarische Praxis (zu wenig inhaltliche Debatte, Verhältnis Parlament gegenüber Regierung sowie Verhältnis Parteilogik gegenüber Abgeordnetenfreiheit), bei den eingetübten Regularien des Regierens (beengende Koalitionsverträge, Fraktionszwang).

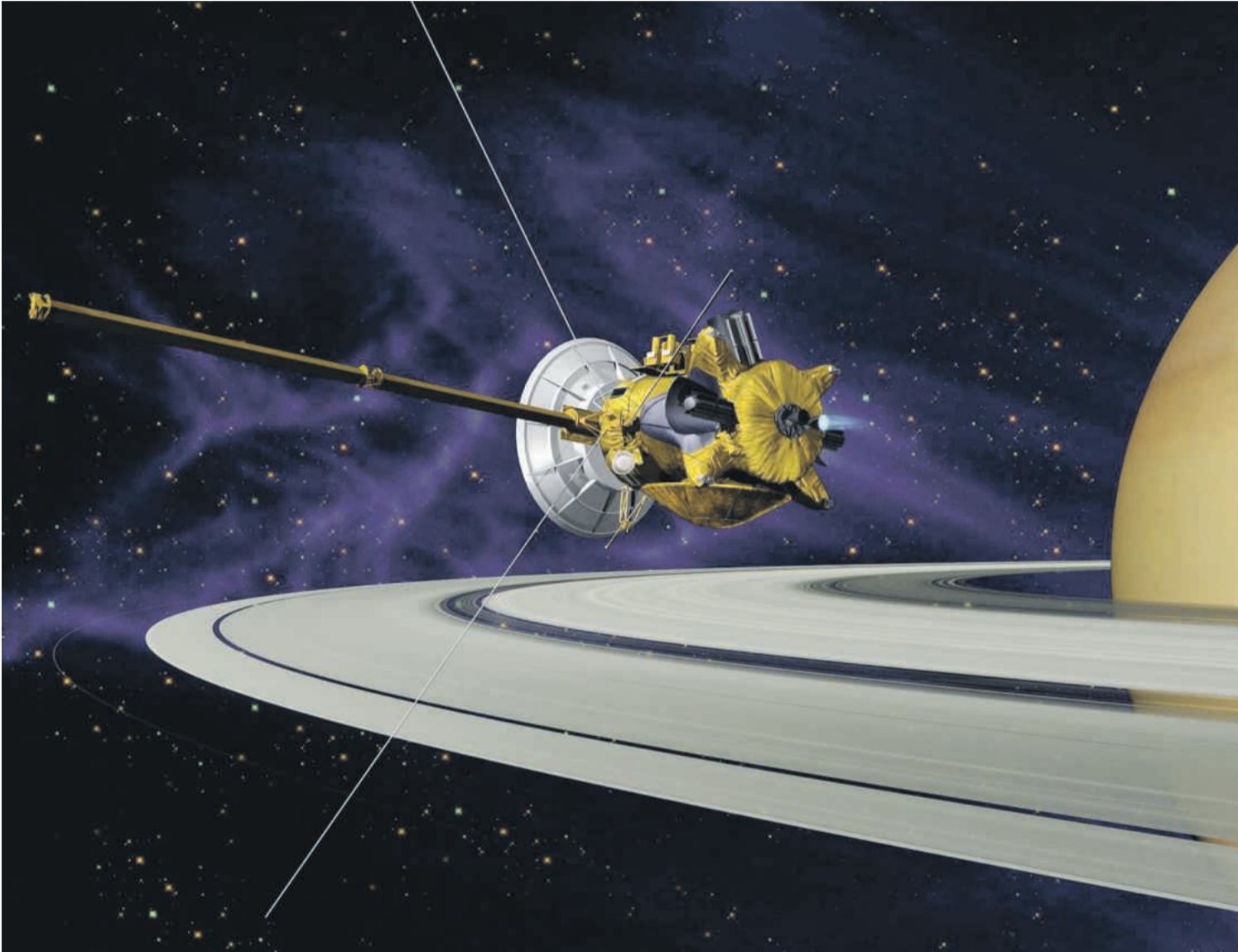
Kurzum: Die wirklichen demokratiepolitischen Probleme lassen sich nicht per Kalender lösen. Mindestens aber müsste eine Vereinheitlichung der Wahltermine in Bund und Ländern herauskommen. Ansonsten löst sich das zentrale Argument für eine längere Legislaturperiode in Luft auf – denn hierzulande ist immer irgendwo Wahlkampf. Und immer zwingt dieser der politischen Debatte seine Logik auf.

UNTEN LINKS

Wer aus schlechter Erfahrung der Überzeugung war, eine Zeitung – jede Zeitung außer dieser natürlich, die Sie sich glücklich schätzen, in Ihren gepflegten Händen zu halten – diene hauptsächlich als Packpapier für Werbung, den belehrt das Produkt, das ich heute vor dem Frühstück aus meinem Briefkasten fischte, eines besseren. Nicht das Blatt nämlich, dessen Abo zu kündigen ich seit Jahren nicht übers Herz bringe, entpuppte sich diesmal als Deckmantel für die üppig darin enthaltene Reklame, sondern die Reklame selbst: Wo sonst die wichtigsten Geschehnisse des vergangenen Tages vermeldet werden, erwartete mich jetzt die seitenfüllende Bekanntmachung eines Ereignisses, das wahrlich die Welt bewegt: Ein Möbelhaus wurde eröffnet! Welch Privileg, geschätzte nd-Leser, dass Sie sich nicht nur für die schönste, beste und klügste Zeitung entschieden haben, die es gibt, sondern überdies für eine, die niemals auf ihrer ersten Seite Werbung platzieren würde. mha

Das letzte Abtauchen

NASA-Sonde »Cassini« soll kontrolliert in den Saturn stürzen



Die Computergrafik der NASA zeigt die Raumsonde »Cassini« am Saturn.

Abb.: AFP/NASA

Washington. Auf das »große Finale« folgt ein Ende mit Knall: Rund 20 Jahre nach ihrem Start soll die Raumsonde »Cassini« sich am Freitag kontrolliert in den Saturn stürzen. »Das Ende der Mission wird ein ergreifendes Moment, aber ein passender und sehr wichtiger Abschluss einer beeindruckenden Reise«, sagt Earl Maize von der US-Raumfahrtbehörde NASA.

»Indem wir das Raumschiff sicher in der Atmosphäre des Saturn entsorgen, verhindern wir jede Möglichkeit, dass »Cassini« in der Zukunft irgendwann auf die Monde des Saturns auftreffen und damit ihre unberührte weitere Erkundung unmöglich machen könnte.«

Das »letzte Abtauchen« beginnt 10.37 Uhr MESZ, dann geht es für die Sonde hinein in die Atmosphäre des Gasriesen. 13.54 Uhr erwartet die NASA das letzte Signal von »Cassini« von rund 1500 Kilometern über den Wolken des Saturn.

Bis zuletzt soll die 12 600 Kilogramm schwere Sonde funken. Die Kamera wird vor dem Absturz abgestellt, aber acht der zwölf wissenschaftlichen Instrumente an Bord von »Cassini« arbeiten weiter. Die 1997 gestartete, rund 3,2 Milliarden Dollar teure Mission, an der Mitarbeiter aus 17 Ländern beteiligt sind, hat alle Erwartungen übererfüllt. »Die Mission

war vollgepackt mit wissenschaftlichen Premieren«, sagt NASA-Managerin Lisa Spilker.

Nie zuvor hatte sich eine Sonde in die Region der Saturn-Ringe gewagt. »Cassini« hat das Verständnis über den Planeten und seine Ringe revolutioniert und einen Ozean auf dem Mond Enceladus, der vielleicht Leben dort zulassen könnte und flüssige Methan-Seen auf dem Mond Titan entdeckt. »Cassini« war zum Abschluss der Mission in einem »großen Finale« 22 Mal zwischen dem Saturn und seinen Ringen hindurchgetaucht. Teils lagen die Flughöhen nur 1700 Kilometer über der obersten Wolkendecke des Planeten. dpa/nd Seite 20

Aktionismus gegen den Terrorismus

Das Europaparlament schmückt sich mit neuem Sonderausschuss – und könnte dafür Grundrechte opfern

Ein »Special Committee« des EU-Parlaments soll Europas Antiterror-Kampf überprüfen. Und so den Innenausschuss übergehen.

Von Uwe Sattler

Sonderausschuss zur Bewältigung der Defizite bei der Terrorbekämpfung (TERR) – hinter diesem Wortungetüm verbirgt sich jenes Gremium des EU-Parlaments, das Mängel beim europaweiten Vorgehen gegen Terrorismus aufdecken soll. Am Donnerstag hat das »Special Committee« erstmals getagt, zwei Tage zuvor waren die 30 Mitglieder, die alle Fraktionen vertreten, bestätigt worden. Ein Jahr soll TERR arbeiten – vorerst.

Bislang waren Antiterror-Maßnahmen im Ausschuss für Inneres (LIBE) angesiedelt, der auch für die Gewährleistung demokratischer Grundrechte zuständig ist. Kritiker im Parlament sehen nun die Gefahr, dass die Terrorbekämpfung durch die Einrichtung

des Sonderausschusses von der Einhaltung der Bürgerrechte abgekoppelt wird. Eine solche Trennung der Terrorbekämpfung von den anderen Aufgaben des LIBE sei ein »Riesenproblem«, meint Cornelia Ernst, Sprecherin der LINKE-Delegation im Europaparlament, Mitglied im Innenausschuss – und im TERR. Zumal sich dort offenbar auch Hardliner versammelt haben, wie die CSU-Abgeordnete Monika Hohlmeier oder die flämische Nationalistin Helga Stevens, die mit rechtslastigen Positionen auffielen.

Dabei war bereits die Einsetzung des Antiterror-Ausschusses Anfang Juli problematisch. Eine Debatte darüber fand nicht statt. Ernst: »Es gab im Zuge des Postengeschachs nach dem Abgang von Parlamentspräsident Martin Schulz offensichtlich einen Deal zwischen den Fraktionsvorsitzenden der Christdemokraten und der Liberalen zur Einrichtung des Ausschusses.« Dafür spricht, dass

TERR nun auch von einer Liberalen, der Französin Nathalie Griesbeck, geleitet wird. Die Linken hatten die Einsetzung abgelehnt – und standen damit weitgehend allein. Zwar gab es Vorbehalte auch bei Grünen und Sozialdemokraten. Deren kritische Abgeordnete zogen es allerdings vor, der Abstimmung fernzubleiben. Dabei ist die Linksfraktion keineswegs gegen eine Evaluierung der Antiterror-Strategie. Aber das Mandat für TERR sei äußerst vage formuliert »und verspricht keine wirkliche Überprüfung der bisher gemachten Fehler, sei es seitens der Politik, der Polizei oder anderer Ermittlungsbehörden«, so Ernst.

Tatsächlich soll TERR u.a. die Umsetzung bestehender Maßnahmen und Instrumente im Bereich des »Außengrenzmanagements«, Defizite beim grenzüberschreitenden Austausch von strafverfolgebildlichen und nachrichtendienstlichen Informationen, die

Radikalisierungsprozesse unter die Lupe nehmen. Wie dies geschehen soll, ist nur allgemein formuliert, etwa durch Anhörungen von EU-Behörden. Die Grünen nehmen für sich in Anspruch, das Mandat um Fragen der Bürgerrechte erweitert zu haben. Ob dies geschieht, bleibt offen. Selbst Gianni Pittella, Fraktionschef der Sozialdemokraten, kann TERR nichts abgewinnen – er sei »absoluter Unsinn«.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Robert Menasse über Europa, das Elend der Nationalisten & Marx

Vor der Wahl im Bus der Begegnungen

Zika: Aufstieg und Fall

Nur alle fünf Jahre Bundestagswahl?

Politiker aller Parlamentsparteien für Verlängerung der Wahlperiode

Berlin. Fünf Jahre statt nur vier: Der neue Bundestag könnte eine Verlängerung der Legislaturperiode beschließen, gültig vom Jahr 2021 an. Vertreter aller derzeit im Parlament vertretenen Parteien unterstützen einen neuen entsprechenden Vorstoß. LINKE und Grüne verknüpften dies am Donnerstag aber auch mit der Forderung nach Einführung von Instrumenten direkter Demokratie wie Volksentscheide. Zustimmung kam auch von FDP und AfD, die in den Bundestag einzuziehen dürften. Die Befürworter argumentieren, dass bei einer längeren Wahlperiode die eigentliche Parlamentsarbeit verlängert und damit Gestaltungsmöglichkeiten erweitert würden. Kritiker halten dagegen, dass zu lange Wahlperioden das demokratische Recht des Volkes schwächen, seinen Willen per Wahl zu artikulieren.

Bisher haben 15 Landesparlamente eine Fünf-Jahres-Periode. Nur in Bremen wird noch alle vier Jahre gewählt; aber zeitgleich mit der Bundestagswahl wird dort jetzt über eine Verlängerung abgestimmt. dpa/nd

Obdachlosigkeit in Berlin nimmt zu

26 000 Menschen ohne Wohnung

Berlin. Berlins Diakonie-Chefin Barbara Eschen hat vor steigender Obdachlosigkeit in der Hauptstadt gewarnt. Zu den schätzungsweise rund 6000 Obdachlosen, die auf der Straße leben, kämen noch bis zu 20 000 Wohnungslose hinzu, die bei Freunden oder Verwandten unterkommen, sagte Eschen am Donnerstag in Berlin im rbb-Sender »Radio Eins«. Das seien Erfahrungen aus den Beratungsstellen, den Tageseinrichtungen, bei der medizinischen Versorgung und in der Bahnhofsmission, sagte Eschen. »Die Menschen, die wir jetzt auf der Straße sehen, unter den Brücken und in Zelten, das sind die, die gar nichts haben«, erklärte die Diakonie-Chefin. In Berlin gebe es immer weniger Wohnungen für Menschen, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Das führe zu Verschuldung und Zwangsrumäumung und auf der Straße landen. Zudem seien unter den Obdachlosen auch Osteuropäer, die zum Arbeiten in die Stadt kamen, aber keine Wohnung haben. Eschen begrüßte, dass leerstehende Flüchtlingsnotunterkünfte für Obdachlose geöffnet werden sollen. epd/nd

USA: Keine Einigung über Einwanderung

Trump widerspricht Demokraten

Washington. US-Präsident Donald Trump hat der Darstellung der Demokraten widersprochen, wonach sich beide Seiten auf ein Schutzprogramm für junge Migranten (Daca) geeinigt hätten. »Es gab letzte Nacht keinen Deal über Daca«, schrieb Trump am frühen Donnerstagmorgen (Ortszeit) im Kurznachrichtendienst Twitter. Um einen Konsens zu erreichen, müsse man sich zunächst auf einen »massiven Grenzschutz« einigen, fügte er hinzu. »Das wäre Gegenstand einer Abstimmung.« Die Demokraten hatten zuvor verkündet, sie hätten sich mit Trump darauf geeinigt, das sogenannte Daca-Programm rasch in einem Gesetz zu verankern. Das Programm hatte Hunderttausenden jungen Menschen, die als Kinder mit ihren Eltern illegal in die USA eingewandert waren, einen vorläufigen Schutzstatus gegeben und sie vor Ausweisung bewahrt. Sie erhielten zudem eine Arbeitserlaubnis. Trump hatte Daca in der Vorwoche beendet, legte jetzt jedoch auch nahe, dass er kein Interesse daran habe, jungen Migranten ihren Schutzstatus zu entziehen. dpa/nd Seite 8

